Dieselöl Benzin
HEIZOELHAURI
Th. Hauri Brennstoffe AG
Wehntalerstrasse 366 8046 Zürich
Telefon 044 371 27 75 / 371 28 88

Freitag, 10. Juni 2022 | Nr. 23 | 64. Jahrgang

AZA
CH-8600 Dübendorf
P.P. / Journal
Post CH AG
Retouren an: SVP, Lagerstrasse 14, 8600

Der Zürcher Bote

WOCHENZEITUNG FÜR DEN MITTELSTAND
PUBLIKATIONSORGAN DER SCHWEIZERISCHEN VOLKSPARTEI SVP DES KANTONS ZÜRICH

Eidgenössische Politik
Erfolgreicher sicherheitspolitischer Anlass in Gossau
Seite 2

Kanton Zürich
Reduktion der Bezirke und Einteilung in Planungsregionen
Seite 3

Aktuell
Kolumne Christoph Blocher: Rettet die AHV!
Seite 4–5

Parlamentsgemeinden
Zürcher Stadtrat: Subventionen für Publibike als weiterer Sündenfall
Seite 6

Veranstaltungs-Tipp
Grillfest SVP Oberwinterthur 19. Juni 2022
Seite 8

ES HERRSCHT KRIEG IN EUROPA

Die Schweiz braucht eine starke Armee

Es herrscht Krieg in Europa. Eine menschliche Tragödie, welche sich praktisch vor unserer Haustür abspielt, 1500 km von der Schweiz entfernt. Ein Umstand, welcher in unseren Köpfen kaum vorstellbar war. Ein Umstand, der Angst auslöst. Territoriale Angriffskriege sind kein realistisches Szenario. Diesen Satz sagte eine Sprecherin der SP-Fraktion anlässlich der Beratung des Armeebudgets 2020 im Nationalrat im Februar 2020. Es ging um 438 Millionen Franken für die Nutzungsverlängerung der Schützenpanzer 2000.

Gute Ausrüstung und mindestens 120 000 Militärdienstpflichtige. Das braucht die Armee vordringlich. Bild VBS

Ich erinnere mich, dass erst vor Kurzem sogenannte Sicherheitspolitikerinnen der SP und der Grünen öffentlich sagten, die Zeit von Bewegungskriegen und Panzerschlachten sei vorbei. Gleichzeitig beantragten die linken Parteien, das Armeebudget der Schweiz massiv zu kürzen. Zudem taten sie alles, um den personellen Armeebestand stetig zu verkleinern.

Im Parteiprogramm der SP Schweiz ist die Armeeabschaffung ein wesentlicher Bestandteil. Die Realität ist eine andere. All das rächt sich jetzt. Spätestens jetzt mit dem Ukraine-Krieg sollte auch den letzten linken Utopisten klar werden: Die Schweiz braucht eine starke Verteidigungsarmee.

Die äussere Wahrnehmung der Bereitschaft und Fähigkeit der Armee ist ein elementarer Beitrag zur aktiven Verteidigung der Schweiz. Unglaublich ist, dass in unserem Land in dieser kriegerischen Phase linke Kreise immer noch Unterschriften gegen den Ersatz der veralteten Kampfflugzeuge F5 und F/A18 sammeln. Die Initiative gegen den Kauf der 36 F35 Kampfflugzeuge ist ein weiterer Schritt der Linken hin zu ihrem Ziel der Armeeabschaffung.

Cyberangriffe – unterschätzte Bedrohung

Zu den Bedrohungen, mit denen die Schweiz und ihre Armee bereits heute konfrontiert sind oder innert Stunden konfrontiert werden können, gehören die verdeckte Informationsbeschaffung (zum Beispiel Industriespionage), Beeinflussungsaktivitäten, Cyberangriffe sowie latente Bedrohungen ausgehend von gewaltextremistischen Anschlägen.

Im Krisen-, Konflikt- oder Kriegsfall muss die Schweiz notfalls in der Lage sein, sich selbst zu schützen und zu verteidigen. Im Ernstfall ist kein Verlass auf etwelche Partner und Verbündete, die zur Unterstützung oder Kooperation fähig oder willens wären (wie die aktuell schwierige Lage im Ukraine-Krieg zeigt). Im Ernstfall wäre die Schweiz ganz auf sich alleine gestellt. Deshalb brauchen wir eine Miliz-Armee, die ihre Aufträge gemäss Artikel 58 Absatz 2 der Bundesverfassung erfüllen kann.

Abgeleitet von diesen Aufträgen sowie unter Berücksichtigung der möglichen Bedrohungen im gesamten Eskalationsspektrum bis hin zum bewaffneten Konflikt ist die entsprechend notwendige personelle Alimentierung wie auch die materielle Ausrüstung politisch sicherzustellen.

Der taktische und operative Ausbildungstand, welcher zur unabdingbaren Fähigkeit zum Einsatz der verbundenen Waffen befähigt, ist mittels regelmässiger und insbesondere auf die gefährlichsten Bedrohungen ausgerichteter Volltruppenübungen zu überprüfen. Damit die Armee als letzte Sicherheitsreserve des Landes auch nach lediglich kurzer Vorbereitungszeit (wenige Tage) einsatzbereit ist, müssen im Rahmen solcher Volltruppenübungen sämtliche militärischen Stufen (Soldaten, Kader, höhere Stabsoffiziere und politische Führung) zusammen mit den zivilen Partnern aus dem Sicherheitsverbund Schweiz (SVS) regelmässig beübt und beurteilt werden.

Endlich mehr Ressourcen

Für den Bundesrat muss die Sicherheit unseres Landes oberste Priorität haben. Die Politik, namentlich das Departement VBS von Bundesrätin Amherd, hat sicherzustellen, dass die Schweiz über die notwendigen Einrichtungen, Mittel und Fähigkeiten verfügt, damit kurz-, mittel- und langfristige Bedrohungen verhindert werden können und die Schweiz und ihre Bevölkerung dagegen verteidigt werden kann. Die Schweiz muss kompromisslos am Prinzip der immerwährenden bewaffneten Neutralität sowie dem Angebot guter Dienste festhalten.

In den letzten Jahren wurde die Anzahl Armeeangehöriger stark reduziert. Vor 1995 zählte die Armee noch 600 000 Personen. Mit der Armee 21 im Jahr 2004 sank die Zahl auf 200 000 Personen. Heute sind wir, aufgrund der WEA, der Weiterentwicklung der Armee im Jahr 2018, auf 100 000 Armeeangehörigen.

Die SVP hat die Probleme erkannt und rasch reagiert. So verlangen wir die Aufstockung des Armeebudgets bis 2030 auf mindestens 1 Prozent des BIP, das entspricht heute etwa 7 Milliarden Franken, also rund 2 Milliarden mehr als jetzt.

Ebenfalls ist die Anzahl Militärdienstpflichtiger von heute rund 100 000 Personen auf mindestens 120 000 zu erhöhen. Zudem ermächtigen wir den Bundesrat, den Kaufvertrag für die dringend benötigten F35 Kampfflugzeuge unmittelbar nach der Beratung der Armeebotschaft 2022 bereits Ende September dieses Jahr, also unmittelbar nach der Herbstsession, zu unterzeichnen.

Die SVP steht für eine sichere Zukunft in Freiheit. Tragen wir Sorge zu unserem Land!

Mauro Tuena
Präsident der sicherheitspolitischen Kommission des Nationalrates

Christoph Mörgeli

Gerhard Pfister macht den Amherd

Die Politiker reiben sich die Augen. Und die Journalisten klopfen sich begeistert auf die Schenkel. Denn das schroffe «Linksum kehrt!» des Mitte-Präsidenten Gerhard Pfister beträgt volle 180 Grad. Der neue Linkskurs überrascht nur Naivlinge. Denn Pfisters Mitte-Partei hat ein oberstes Ziel: im Bundesrat zu sitzen. Und ihr Chef hat dasselbe oberste Ziel: im Bundesrat zu sitzen.

Gerhard Pfister weiss: Bei den nächsten Bundesratswahlen ist er 61-jährig. Der 13. Dezember 2023 ist der Tag seiner letzten Chance. Die CVP hat den Verlust ihres zweiten Sitzes nie verschmerzt. Und die BDP war lediglich Kulisse für die Einfrau-Show Widmer-Schlumpf. Die Vereinigung von CVP und BDP zur Mitte-Partei diente einzig der Vergrösserung der Wählerbasis. Und diese wiederum einzig zur Rechtfertigung einer Doppelvertretung im Bundesrat.

Bei den eidgenössischen Wahlen will die Mitte den Freisinn überholen. Oder zumindest einer geschwächten FDP den zweiten Bundesratssitz entreissen. Gerhard Pfister weiss: Die SVP ist dafür nicht zu haben. Sie unterstützt den freisinnigen Doppelanspruch, weil sonst die Landesregierung ganz nach links kippt. Pfister braucht die Linke für die Zweifachvertretung seiner Mitte. Schon einmal musste er zuschauen, wie Viola Amherd vom linken Parteiflügel in den Bundesrat einzog. Und er als Rechtsaussen innerhalb der Partei tatenlos zuschauen musste.

Während der Covid-Krise erkannte Pfister: Marschiert er mit Links, bekommt er seine Bundesratschance. Zumal, wenn er der SP verspricht, ihre Doppelvertretung gegen die Grünen abzusichern. Darum nennt er seine Partei jetzt «Wertepartei» (vorher «Wirtschaftspartei»). Darum verlangt er jetzt eine «Kriegsgewinnsteuer» (vorher «Steuersenkung»). Darum ist er jetzt für gelockerte Waffenausfuhren (vorher strengere Waffenausfuhren). Darum will er jetzt den Rohstoffhandel stärker regulieren (vorher weniger regulieren). Die Moral ist jenes Mass an Anständigkeit, das gerade modern ist. Eine einfache Moral ist Gerhard Pfister nicht genug. Er braucht gleich eine doppelte.

SOMMERSESSION 2022 ZWEITE WOCHE

Führungsmodell für die Bundesverwaltung

Der Nationalrat behandelte ein breites Themenspektrum: Nachtragskredit im Voranschlag, Stimmgeheimnis für alle, Jugend- und Kindersessionen, sieben verschiedene Berichte, Landesverweis und Namensänderung, Härtefallregelung bei Ausbildungen, Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren, verschiedene Motionen und Postulate.

Therese Schläpfer
Nationalrätin SVP
Hagenbuch

Für genügend Impfstoff im nächsten Jahr wurde ein Nachtragskredit bewilligt. Dabei wurde beanstandet, dass zu Beginn zu viele Impfdosen bestellt wurden, welche entsorgt werden mussten. Heute wird vergessen, dass der Impfstoff anfangs sehr schwierig zu bekommen war und man deshalb bei zwei Anbietern bestellt hat.

Ausserdem ist man davon ausgegangen, dass die Impfdosen in weniger bemittelte Länder hätten verschenkt werden können. Mittlerweile sieht die Ausgangslage für Impfstoff viel komfortabler aus und man weiss, dass die Drittweltländer vom Impfstoff nicht begeistert sind.

Ein abfallfreies Take-away, sprich ein totales Verbot von Einweggeschirr, wollte die Motion Klopfenstein aus dem Jahr 2020. Gerade die Pandemie hat gezeigt, dass Einweggeschirr in gewissen Situationen willkommen ist. Der Trend, seinen eigenen Becher oder sein eigenes Geschirr mitzunehmen, ist mittlerweile überall sichtbar. Wieder eine Entwicklung, die ganz ohne Gesetz von sich aus stattfindet. Die Motion wurde vernünftigerweise abgelehnt. Erstaunlicherweise fand der Vorstoss trotzdem 65 Befürworter.

Mit einem neuen Führungsmodell für die Bundesverwaltung sollen Verbesserungen in der Steuerung des Haushaltes, mit einer Leistungsvereinbarung die Weiterentwicklung der Verwaltungsführung und -kultur verbessert werden und die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit der Bundesverwaltung mittels eines Globalbudgets im Eigenbereich erreicht werden. Rückmeldungen zum neuen Rechnungsmodell sind noch dürftig und es gibt noch erheblichen Bedarf für gute Umsetzungen.

Einweggeschirr hat durchaus auch Vorteile, nicht nur während einer Pandemie. Bild Pixabay

Stimmgeheimnis auch für Blinde

Das Stimmgeheimnis soll auch für Blinde gewahrt werden. Sie sollen sich nicht auf eine Person abstützen müssen, welche dann über ihre Entscheidung Bescheid weiss. Bei Abstimmungen kann das Problem mittels einer Schablone gelöst werden. Für Wahlen soll den Sehbehinderten das E-Voting zur Verfügung stehen. Es herrschte Einigkeit und die Motion der Kommission wurde diskussionslos angenommen.

Immer wieder probieren Interessensgruppen direkten Einfluss auf Bundesebene zu nehmen. Mit einem Vorstellungsrecht der Jugendsession und Kinderkonferenz in den Kommissionen wollen die Grünen die Rechte der Kinder weiter stärken.

Die Schweiz hat dies in einem WHO-Papier unterschrieben. Kinder- und Jugendorganisationen wie z.B. die Pro Juventute bestehen aus erwachsenen Mitgliedern, welche die Interessen der Jungen auf Bundesebene vertreten. Das Büro des Nationalrates wie auch der Nationalrat selbst erachtet den Wunsch der Grünen als zu weitgehend.

Würde ihm Folge geleistet, müssten auch alle anderen Interessensgruppen eine Anhörungsmöglichkeit in den Kommissionen bekommen. Die Folge davon wäre ein enormer Zeit- und Arbeitsaufwand der Verwaltung. Bleibt zu hoffen, dass der Ständerat dies auch so sieht.

Ausländerstimmrecht und Entzug der Staatsbürgerschaft

Nicht nur in den Kantonen wird an einem Ausländerstimmrecht gearbeitet. Jetzt liegen zwei Parlamentarische Initiativen der Grünen vor, welche für ein Stimm- und Wahlrecht für Ausländer sind. Beide wurden abgelehnt, fanden jedoch immerhin 63 Befürworter.

Den Entzug der Staatsbürgerschaft bei schweren Verbrechen forderte die Parlamentarische Initiative unseres Tessiner Kollegen Marchesi. Zu denken geben muss die Tatsache, dass einzig unsere Fraktion dies befürwortet hat. Das gleiche Abstimmungsresultat erzielte die Forderung unserer Fraktion, dass das Parlament die Mitsprache bei einer Pandemie zugesichert bekommen soll.

Die Leihmutterschaft ist bei uns verboten. Im Vorfeld der Abstimmung zur Ehe für alle haben sich auch viele Homosexuelle dagegen ausgesprochen. Nun wurde ein weiterer Schritt zur Legalisierung von Kindern von gleichgeschlechtlichen Paaren vollzogen, indem die Bestimmung der Elternschaftsvermutung auf Kinder, welche in einem fortplanzungsmedizinischen Verfahren im Ausland oder mittels einer privaten Samenspende gezeugt wurden, angepasst werden soll.

Die Kinder tun einem leid, welche ihren Vater bis zur Volljährigkeit oder gar nie kennenlernen dürfen. Das spielt aber bei diesem Thema keine Rolle. Der Egoismus ist scheinbar höher zu gewichten. Hier bestätigt die Linke die von mir schon oft angeprangerte Salamitaktik.

ZIVILDIENST KOSTET ARMEE FAST EIN DRITTEL DER DIENSTTAUGLICHEN

Erfolgreicher sicherheitspolitischer Anlass in Gossau

Der Anlass «Krieg in Europa: Wie gut sind wir darauf vorbereitet?» stiess am 2. Juni auf grosses Interesse. Über 100 Personen fanden sich in der Altrüti ein, um die Referate und die anschliessende Podiumsdiskussion zu verfolgen. Bei der Begrüssung stellte Kantonsrat Daniel Wäfler fest, dass die Schweiz einmal mehr ungenügend vorbereitet ist und man die Lektionen der Vergangenheit schnell vergisst.

svp. Ein Zitat von General Henry Guisan aus dem Jahr 1945 untermauert Wäflers Einschätzung und ist top aktuell: «Unser Volk möchte heute in seiner grossen Mehrzahl nicht darüber nachdenken, ob und auf welche Weise unser Land in Zukunft von Neuem bedroht werden könnte. Es hat sich auch zwischen 1920 und 1930 und sogar später, wenig mit dieser Frage beschäftigt. Was wir damals, besonders seit dem Jahr 1933, unternahmen, um es aufzurütteln, um ihm ins Gewissen zu reden und es zur Wachsamkeit aufzurufen – was wir damals getan haben, werden wir immer wieder aufs Neue tun müssen!»

Stichwort Vollbestand

Nach diesem aufrüttelnden Einstieg trat als Erstes der Chef des Amtes für Militär und Zivilschutz, Thomas Bär, ans Rednerpult. Als nächster Referent beleuchtete Divisionär Willy Brülisauer die Aspekte der Verteidigungsbereitschaft.

V.l.n.r.: Michael Trachsel, Willy Brülisauer, Serkan Abrecht, Daniel Wäfler, René Schweizer, Mauro Tuena und Thomas Bär.

Mit der Territorialdivision 4 ist Brülisauer militärisch für die Ostschweiz verantwortlich und somit auch für den Kanton Zürich. Eindrücklich schilderte Brülisauer den Weg von der 800 000-Mann-Armee der 80er-Jahre zu der aktuellen Armee mit 100 000 Angehörigen, wobei es 140 000 sein sollten. Divisionär Brülisauer betonte, dass er es seinen Soldaten voll zutraut, dass sie die Schweiz schützen und dass die drei mechanisierten Brigaden des Heeres immer noch einiges im eigenen Gelände bewirken können, wenn sie auch Vollbestand an Mannschaften und Material hätten. Zum Vergleich, die Ukraine hat 15 mechanisierte Brigaden und ein viel grösseres und offeneres Gelände, trotzdem wurde dort bisher erfolgreich verteidigt.

Nach einer 10-minütigen Pause ging es mit dem zweiten Teil der Veranstaltung, dem Podium weiter. Neben den beiden Referenten kam nun noch der Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission , Nationalrat Mauro Tuena auf die Bühne und Gemeinderat Michael Trachsel, im Militär Bataillonskommandant im Range eines Oberstleutnants. Podiumsleiter Serkan Abrecht ging nun den vorher angetönten Problemen schonungslos auf den Grund. So sprach Michael Trachsel dann direkt aus, was eines der grössten und längst bekannten Probleme der Armee darstellt. Mit bis zu 6000 Abgängen an den Zivildienst pro Jahr verliere die Armee fast einen Drittel eines diensttauglichen Jahrganges, was logischerweise grosse Auswirkungen auf die Bestände habe. «Nun sind wir dazu da, um wachzurütteln und unsere Verantwortung für die Gesellschaft wahrzunehmen und das Nötige zu tun», meinte Daniel Wäfler zum Schluss der Veranstaltung.

Dringender Handlungsbedarf zugunsten der Sicherheit

Der Anlass hat deutlich gezeigt, dass wir nicht genügend vorbereitet sind und nur ein Minimum für unsere Sicherheit tun. Die beiden vordergründigen Probleme der Armee sind einerseits die mangelnden Bestände und andererseits die fehlende Ausrüstung, um alle Verbände gleichzeitig ausrüsten zu können.

Diese Mängel verhindern es, dass die sonst schon kleiner gewordene Armee ihren Auftrag nachhaltig erfüllen könnte. Die Behebung dieser offensichtlichen Mängel erfordert keine Neuorganisation der Armee und auch kein neues Dienstpflichtmodell, sondern die Wiedereinführung der Gewissensprüfung für Zivildienstleistende sowie eine konsequente Beschaffung und dezentralere Logistik von Armeematerial.

Wir müssen zuerst Schweizer sein und dann Soldaten.
Alles, was wir bis jetzt an Nützlichem und Dauerhaftem hervorgebracht haben, stellt eine schweizerische Lösung dar. Sie war für uns stets die sauberste und beste.

ANTI-CHAOTEN-INITIATIVE

Debattieren statt Demolieren!

Die Versammlungsfreiheit ist ein wichtiges Grundrecht für jede Demokratie. Sie beinhaltet das Recht, Kundgebungen einzuberufen, sich zu versammeln und friedlich zu demonstrieren.

Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin SVP
Küsnacht

Zusammenkünfte, bei denen Gewaltakte verübt werden oder anderweitig gegen die Rechtsordnung verstossen wird, gehören allerdings nicht dazu. Die dafür verantwortlichen Personen müssen zur Rechenschaft gezogen werden können. Es ist nicht in Ordnung, wenn die Steuerzahler für Ausschreitungen und Vandalismus zahlen müssen.

Bewilligungspflicht für Demonstrationen

Unbewilligte Demonstrationen lösen oft ausserordentliche Polizeikosten von mehreren Hunderttausend Franken aus. Die Stadt Zürich (und Winterthur) verzeichnet seit einigen Jahren einen massiven Anstieg an Protestaktionen,

Die Anti-Chaoten-Initiative wehrt sich gegen den Missbrauch des Versammlungs- und Demonstrationsrechts.
Bild SVP Kt. ZH

von denen viele unbewilligt sind. Alleine die illegalen Strassenblockaden von Extinction Rebellion im Oktober 2021 verursachten Kosten von 684 578 Franken, die schlussendlich der Steuerzahler berappen musste.

Auch die volkswirtschaftlichen Kosten – sei es durch die Blockierung des Verkehrs oder weil auf der Demonstrationsroute die Läden schliessen müssen – sind oftmals beträchtlich. Daher ist es wichtig, dass Demonstrationen stets bewilligt werden müssen. So behält die Polizei die Übersicht, und unerwünschte Auswirkungen können vermieden werden.

Für verursachte Kosten geradestehen

Bei illegalen Demonstrationen und Kundgebungen sind Krawalle und Sachbeschädigungen leider an der Tagesordnung. Wer illegale Kundgebungen oder Veranstaltungen durchführt, soll künftig zur Kasse gebeten werden, gemäss dem Verursacherprinzip. Es braucht hierfür eine solide Grundlage im Zürcher Polizeigesetz, welche nicht nur bei Grobfahrlässigkeit gilt und in der Praxis auch angewendet wird. Auch ein entsprechender Vorstoss im Kantonsrat fordert eine Überprüfung der Grundlage im Zürcher Polizeigesetz.

Stört jemand bewilligte Demonstrationen oder andere Veranstaltungen und führt dies zu Sachbeschädigungen oder anderen rechtswidrigen Handlungen, müssen die verantwortlichen Personen für die daraus entstehenden Kosten sowie für die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes aufkommen. Es ist ein Skandal, dass Chaoten immer wieder legale Demonstrationen oder Veranstaltungen stören und der Steuerzahler am Schluss dafür aufkommen muss.

Hausbesetzer zur Verantwortung ziehen

Wer eine Liegenschaft illegal besetzt, muss für die daraus entstehenden Kosten aufkommen, aber auch für den notwendigen Polizeieinsatz (Räumung) haftbar gemacht werden. Besetzte Liegenschaften sind immer wieder Ausgangspunkt von illegalen Demonstrationen, illegalen Partys und anderen Delikten. Daher sind eine rasche Räumung und ein konsequentes Durchgreifen gegenüber den Hausbesetzern wichtig mit entsprechender Kostenüberwälzung. In einer neuen kantonalen Initiative fordert die Junge SVP somit u.a. unter Sandro Strässle (Präsident des Initiativkomitees) und Camille Lothe zusammen mit Kantonsrätin Nina Fehr Düsel, dass der Kanton Zürich bei unbewilligten Demonstrationen stärker durchgreifen soll. Auch sollen Demonstrierende (bzw. Veranstalter) die von ihnen verursachten Kosten wenn möglich selbst übernehmen müssen. Dies wirkt auch abschreckend.

Unterschriftensammlung hat begonnen

Deshalb will die Jungpartei mit der Initiative zur Durchsetzung von Recht und Ordnung, kurz «Anti-Chaoten-Initiative», erreichen, dass Demonstrationen ausschliesslich mit einer Bewilligung stattfinden dürfen. Kosten bei Sachbeschädigungen sollen dem Verursacher (Veranstalter) überwälzt werden können. Vor wenigen Tagen hat die Unterschriftensammlung erfolgreich begonnen.

Fazit: Jeder kann unterschreiben bzw. dem Komitee beitreten. Zukünftig sollen Demonstrierende, sowie Gegenprotestierende und Hooligans, für die von ihnen verursachten Sachschäden zur Kasse gebeten werden und die Kosten des dafür notwendigen Polizeieinsatzes selbst übernehmen. Dasselbe soll für Hausbesetzer gelten.

Der Unterschriftenbogen kann unter anti-chaoten-initiative.ch heruntergeladen werden.

INTERVIEW MIT KARL HEINZ MEYER, KANTONSRAT UND SVP-GEMEINDERAT IN NEERACH

Reduktion der Bezirke und Einteilung in Planungsregionen

Der Kanton Zürich soll auf den Kopf gestellt werden. So schlägt es eine kantonale Arbeitsgruppe vor. Dabei geht es um zwei konkrete Veränderungen. Erstens, die Reduktion der Anzahl Bezirke im Kanton Zürich von 12 auf höchstens 10. Und zweitens, die Harmonisierung der Bezirke mit den Planungsregionen.

de. Sollte der Kanton Zürich seine 200 Jahre alte Kantonsstruktur umkrempeln? Ja, meinen die Gemeinden Bülach, Dietlikon, Embrach, Freienstein Teufen, Opfikon und Wallisellen, die im Oktober 2021 den Vorschlag der Plattform «Gemeinden 2030» als Behördeninitiative eingereicht haben. Diese wurde Mitte März im Kantonsrat emotional diskutiert. Die Behördeninitiative erreichte nun die vorläufige Unterstützung des Kantonsrats. Die Befürworter aus SP, Grünen, Grünliberalen und der Alternativen Liste betonen, dass es sich bei der Initiative lediglich um einen Debattenanstoss handle. Gegen die Initiative sprechen sich vor allem Exponenten der Mitte, FDP und SVP aus. Aktuell liegt das politische Vorhaben beim Regierungsrat, der einen Antrag dazu ausarbeiten wird. Über diesen muss der Kantonsrat dann erneut beraten.

Gibt es in Zürich also bald eine grosse kantonale Verwaltungsreform? Dies ist trotz allem eher unwahrscheinlich. Zum Glück, meint der Neeracher Karl Heinz Meyer von der SVP, der sich dezidiert gegen die Umorganisation des Kantons ausspricht. Mit ihm sprechen wir über die Behördeninitiative und wie das Zusammenspiel zwischen den Gemeinden im Kanton Zürich heute funktioniert.

Karl Heinz Meyer sitzt seit Januar 2022 im Zürcher Kantonsrat. Der langjährige Gemeinderat aus Neerach ist selbstständiger Unternehmer und Verwaltungsratspräsident der Tennishalle Buchs.

Herr Meyer, die Diskussion über die Behördeninitiative zur Neuorganisation des Kantons Zürich wurde im Kantonsrat sehr emotional geführt. Ist es auch für Sie ein emotionales Thema?

Ja, natürlich. Für mich als Gemeinderat von Neerach sehe ich die unmittelbaren Konsequenzen von solchen Gedankenexperimenten, die viele meiner Kolleginnen und Kollegen nicht wahrhaben wollen. Es ist Unsinn, bestehende und gut funktionierende Strukturen derart umzugraben. Darüber hinaus wird über die Köpfe der Gemeinden entschieden, die selbst am besten wissen, wie sie ihre Aufgaben zu meistern haben und mit wem die Zusammenarbeit am besten funktioniert. Das gehört zur Gemeindeautonomie, welche mir und meiner Partei am Herzen liegt.

Was meinen Sie mit «es wird über die Köpfe der Gemeinden hinweg entschieden»? Eine Mehrheit der Gemeinden sieht Reformbedarf.

Ja, aber eine sehr knappe Mehrheit. Immerhin haben sich 61 Gemeinden und 7 der 10 befragten Bezirksräte gegen eine Reform ausgesprochen. Es kann ja nicht sein, dass diese Stimmen nicht berücksichtigt werden. Zudem haben sich die Befürworter nicht über den konkreten Vorschlag der Behördeninitiative positiv geäussert, sondern sehen lediglich einen allgemeinen Reformbedarf. Aber es ist noch nichts in Stein gemeisselt. Nun wird die Vorlage erst mal im Parlament besprochen und die Kantonsräte können nochmals korrigieren.

Die Behördeninitiative erreichte im Parlament aber die nötige Anzahl Stimmen zur vorläufigen Unterstützung. Während viele Politikerinnen anderer Parteien betonten, ihre Unterstützung nur vorläufig zu geben, ist die SVP ganz allgemein gegen die Idee der Vorlage. Was spricht dagegen, nach 200 Jahren die Strukturen des Kantons auch einmal zu überdenken?

Vieles spricht dagegen. Fragen Sie einmal in der Bevölkerung und bei den Gemeinden etwas genauer nach. Sind diese denn wirklich so unzufrieden mit den bestehenden Strukturen? Also ich glaube das nicht. Ich bin als Gemeinderat in Neerach am Puls und kenne unsere Zweckverbände, Organisationen und Bedürfnisse im politischen Alltag. Ich habe mich nie über die bestehenden Strukturen aufgeregt – im Gegenteil. Es besteht in den Bereichen Betreibungsämter, Zivilstandsämter, Feuerwehr und Zivilschutz eine sehr gute Zusammenarbeit. Auch die interregionale Zusammenarbeit funktioniert gut, so wie sie ist. Die Behörden, die den Umbau des Kantons initiiert haben, haben ja nicht einmal in der eigenen Bevölkerung und oder bei ihren politischen Entscheidungsträgern nachgefragt, ob die Leute diese Änderungen überhaupt wollen. Die Initianten wollen Pfäffikon und Hinwil zu einem Bezirk zusammenlegen, trotz einer ablehnenden Haltung der Standortgemeinden. Das ist Fremdbestimmung. So ein Vorhaben muss von unten nach oben aufgegleist werden und nicht umgekehrt.

Wem würde denn mit einer Neustrukturierung geschadet werden?

In erster Linie dem Steuerzahler! Das Projekt ist eine reine Zeit- und Geldverschwendung. Die Kosten und der Aufwand sind einfach zu gross, während ja kaum dargelegt werden kann, was der Mehrwert davon sein wird. Zweitens greift man damit etablierte Zweckverbände und Vereine an, die oftmals bezirksweise organisiert sind. Ein gutes Beispiel aus meiner Region ist die Wasserversorgung. Bei uns werden gleichzeitig die Haushalte sowie Industrie- und Gewerbebetriebe in den Gemeinden Höri, Hochfelden, Niederglatt und Neerach von der Wasserversorgung Höri abgedeckt. Daraus ist ersichtlich, dass die bezirksübergreifende Zusammenarbeit bereits heute bestens funktioniert und kein Diktat aus dem rotgrünen Kantonsrat braucht.

Die Vernehmlassung zum Vorschlag von Gemeinden 2030 hat gezeigt, dass städtische Gebiete eher Reformbedarf sehen, während sich ländlichere Gebiete mehrheitlich mit den alten Strukturen zufrieden zeigen. Wieso ist das so?

Es ist typisch, dass sich mehrheitlich städtische Gebiete für eine solche Reform aussprechen. Diese würden am meisten profitieren, indem sie ein weiteres Mal gestärkt werden würden. Randregionen würden durch die neue Ordnung geschwächt, da die Mitsprache auf Bezirks- und kantonaler Ebene erschwert wird. Hier dient wieder das Beispiel von Pfäffikon und Hinwil. Wenn diese Bezirke zusammengelegt werden, werden die, die etwas abgelegen wohnen neu 30 Minuten mit dem Auto zurücklegen müssen, um an den Bezirkshauptort zu gelangen. Wie will man das den Zürcherinnen und Zürchern auf dem Land verkaufen? Es ist für mich unverständlich, wieso man diesen kleineren, ländlicheren Gebieten eine Zwangszuteilung vor die Nase setzen will. Diese Probleme haben die urbaneren Gebiete nicht.

Aber denken Sie nicht, dass es Aufgaben gibt, die mehr und mehr nach regionalen Lösungen verlangen und die beispielsweise in grösseren Bezirken besser koordiniert werden könnten?

Klar gibt es diese Herausforderungen, aber dafür gibt es einfachere und unbürokratischere Lösungen. Wenn man Bezirke zusammenlegt oder anders aufteilt, schadet man nur den bestehenden, funktionierenden Strukturen. Eine viel sinnvollere Lösung wäre eine engere Zusammenarbeit mit den Nachbarkantonen. Für Bezirke, die an ein oder zwei Nachbarkantone grenzen, ist das besonders wichtig. Zudem ist es fragwürdig, wieso die Bezirke mit den Planungsregionen harmonisiert, und die Gemeinden immer mehr Aufgaben an die Planungsregionen abtreten sollen. Die Akteure der Planungsregionen sind im Gegensatz zu den Bezirksbehörden nicht vom Volk gewählt worden. Sie sollten deshalb den Gemeinden und Bezirken untergeordnet sein und nicht umgekehrt.

Zürich ist nicht der erste Kanton, der über eine Neuorganisation nachdenkt. In anderen Kantonen wurden ähnliche Projekte realisiert. Eine unmögliche Aufgabe ist es also nicht.

Ja, und schauen sie sich an, wie diese Reformen im Nachhinein bewertet werden. Das Sparpotenzial wurde in Bern und Glarus massiv überschätzt. Zudem beschäftigen sich unzählige Beamte jahrelang mit der Umsetzung, nur um im Nachhinein zu merken, dass es sich doch nicht gelohnt hat. Darauf können wir im Kanton Zürich gerne verzichten.

INSERAT

Für die Vorbereitung und Druchführung der Wahlen 2023

suchen wir DICH als freiwilligen Helfer!

Du
- willst dich für die Werte und Ziele der SVP aktiv einsetzen.
- bist bereit, die Extrameile zu gehen und Dich mit Rat und Tat für die SVP einzusetzen.

Insbesondere benötigen wir Deine Unterstützung in folgenden Bereichen:

- Social Media: Facebook, Instagram, Twitter usw.
- Mitarbeit bei Schulungen
- Leitung von Veranstaltungen
- Konzeption und Durchführung von Kampagnen
- Verfassen von Artikeln und Leserbriefen

Fehlt hier ein Bereich, wo du Dich einbringen könntest? Hast du innovative Vorschläge und möchtest diese umsetzen? Kontaktiere uns, lass uns das wissen! Wir sind offen für gute Ideen!

Gerne steht dir der Parteisekretär, Werner Gartenmann, zur Beantwortung von Fragen zur Verfügung: Tel. 044 217 77 60, werner.gartenmann@svp-zuerich.ch

Wahlkommission SVP 2023

SVP Kanton Zürich
Lagerstrasse 14
8600 Dübendorf
www.svp-zuerich.ch

GIPFEL DER SCHANDE

EU versagt beim Völkerrecht

Es ist peinlich, wie sich die EU betreffend ein weiteres Sanktionspaket gegenüber Russland lange nicht einigen konnte. Als es dann am Gipfel doch zustande kam, war dies nur um den Preis von Bücklingen vor erpresserischen Vetodrohungen möglich. Gegenüber dem Druck von Autokraten gibt Brüssel nach, wenn es aber um die Schweiz geht, ist der Auftritt autoritär.

Bernhard im Oberdorf
Gemeinderat SVP
Zürich

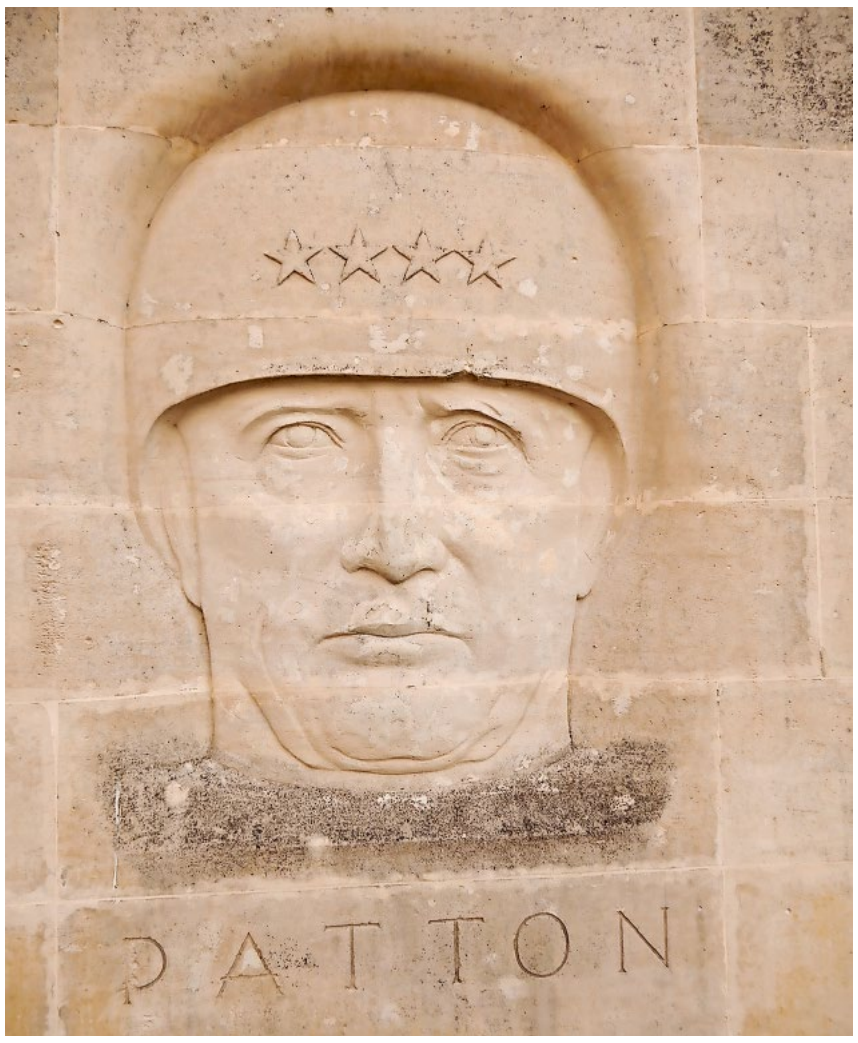
Wohl hat die EU – nachdem sie sich nicht nur mit den beiden Nord-Stream-Pipelines in sträfliche Abhängigkeiten von Russland begab – eine Reihe von Sanktionen beschlossen und damit für die Ukraine teilweise Solidarität und Geschlossenheit gezeigt.

Das ist zwingend, wenn die EU die Wirkung erzielen will, dass der Bruch des Völkerrechts den Kreml teuer zu stehen kommt.

Perfides Spiel der Machthaber

Doch dann setzt ein autoritärer Machthaber wie Orban die ganze Geschlossenheit aufs Spiel: sei das aus egozentrischen Motiven, um als Kriegsgewinnler einigen Profit aus dem Angriffskrieg von Russland zu schlagen; oder sei das, um Moskau gefällig zu sein. Denn dadurch, dass Orban einen Keil in die Einigkeit des Westens treibt, ermuntert er Vladimir Putin zur Weiterführung des Angriffskrieges, den er ohne die nukleare Erpressung eines Unberechenbaren vielleicht schon verloren hätte.

Dazu kommt, dass die demokratische Legitimität Orbans, der sich mit seinem grossen Wahlerfolg brüstet, auf tönernen Füssen steht: Sein Wahlsieg kam zwar nicht durch Wahlfälschungen zustande wie in Weissrussland, wohl aber durch Manipulationen, zu der nicht nur eine Beherrschung der Presse, sondern auch das Zurechtbiegen der Verfassung zugunsten der Regierungspartei «Fides» mittels einer Zweidrittelmehrheit im Parlament gehört.



In Bastogne steht eine Gedenkstätte für den US-General George S. Patton, der den Russen schon damals nicht über den Weg traute. In der Ukraine wäre eine ähnliche Intervention wie damals kaum möglich als Patton eine in Bastogne von den Nazis eingekesselte Division mit einem legendären Vorstoss befreite.
Bild Bernhard im Oberdorf

So konnte es soweit kommen, dass Orban mit seiner Vetodrohung Brüssel vor sich hertreibt: Nachdem die EU bereits Kompromisse zugunsten von Ungarn gemacht hat und Einigkeit herrschte, fordert der autokratische Herrscher in Budapest ultimativ Nachbesserungen: Derentwegen dürfte auch der den Krieg von Putin befeuernde Patriarch der «Orthodoxen Kirche» nicht mehr mit Sanktionen belegt werden. Eine solche Haltung eines Kirchenoberhauptes erinnert an Kreuzzüge und Inquisition: Das ist ein Sturz ins Mittelalter.

Eine ähnlich jämmerliche Figur macht der türkische Präsident Recep Erdogan, wenn er die Vetokeule gegen einen Nato-Beitritt von Schweden und Finnland schwingt, zwei bislang neutrale Länder, die sich von Russland nun bedroht sehen. Wenn er dies mit der Forderung der Auslieferung von kurdischen Oppositionellen verbindet, ist dies eine Form von Geiselnahme und Erpressung. Dabei lässt es Erdogan kalt, dass es Kurden waren, die gegen den Terror des «IS» ins Feld zogen. Auch hier steht der eigene Machttrieb im Zentrum – koste es Europa und die Welt, was es wolle.

So sind es diese beiden Autokraten, die einem potenziellen Kriegsverbrecher den Boden ebnen, sei es um der eigenen Vorteile Willen, sei es in einer verdeckten Komplizenschaft mit dem Kreml. Wenn sich solche Brüche in der Einigkeit des Westens zeigen, ist es genau das, worauf die Kriegstreiber im Kreml gehofft haben, weil Russland in der Abnützungsschlacht mit der Ukraine über mehr Reserve-Mittel verfügen dürfte.

Lauwarme EU-Politiker

In diese Kerbe schlagen auch ein zögerlicher Olaf Scholz und ein mehr mit Putin telefonierender statt handelnder Emmanuel Macron; Mario Draghi nimmt gerne die Interessen von Italien wahr, im Wissen um die privaten Kanäle, auf denen die russische Lügen-Propaganda eines Sergei Lawrow verbreitet wird.

Denn es gibt jene Dominodynamik, gemäss der ein Kreml, der mit seiner Gewalt auch Erfolg hat, seine Ansprüche steigert. Die schwache Reaktion der EU auf die Annexion der Krim mit einem Minsker Abkommen, das Putin geschreddert hat, führte nicht dazu, dass der Kreml besänftigt wurde: das Gegenteil geschieht. Das ist die Realität, nicht die Irrlichter unterwürfiger Pazifisten.

Es ist ein realistisches Szenario, dass Russland nach einem Erfolg der Gewalt versucht wäre, weitere Länder der (noch) schwach verteidigten EU anzugreifen auf dem Weg zur Errichtung eines grossrussischen Reiches. Das wäre die Vision, welcher «Kapitulationseuphoriker» einigen Vorschub leisten, wenn sie von Nachgiebigkeit einen trügerischen Frieden erwarten: Im Grunde ist das aber nichts anderes als «Feigheit vor dem Feind». So sind es die Ukrainer, die auch die Freiheit des Westens verteidigen.

Naive Schweizer Pazifisten

Verkehrt in der Landschaft stehen auch jene Mitglieder des Schweizer Parlamentes, die gegen eine Stärkung der Schweizer Armee ins Feld ziehen mit dem defätistischen Vorwurf, dass die Situation ausgenutzt werde, um das Armee-Budget aufzustocken, denn «die russische Armee stehe nicht an den Schweizer Grenzen». Da herrscht kurzfristiges statt weitsichtiges Denken solcher «Besserwissenden».

Wer wirklich gegen die Expansionsgelüste eines Vladimir Putin einsteht, sind die aus der EU ausgetretenen Briten und die Amerikaner: Ohne deren Einsatz für Europa wären die Weltkriege in Europa gegen ein totalitäres Regime wohl verloren gegangen – und wir würden nicht in demokratischer Freiheit leben. Der Undank, der ihnen auf breiter Front entgegenschlägt, ist ein Antiamerikanismus, wie er sich in der Zwängerei gegen den F-35 niederschlägt.

INSERAT

SCHWEIZER QUALITÄT
SVP ILLNAU-EFFRETIKON
SV ILLNAU-EFFRETIKON

39. Kantonales SVP – Schiessen 2022

Schiessanlage	Luckhausen, 8307 Illnau – Effretikon
Scheiben	16 SIUS Ascor 9004
Schussrichtung	Nord – Ost
Schiesstage und Schiesszeiten:	Freitag, 16. September 18.00 – 20.00 Uhr (Vorschiessen) Freitag, 23. September 18.00 – 20.00 Uhr Samstag, 24. September 09.30 – 11.30 Uhr / 13.30 – 15.30 Uhr Sonntag, 25. September 09.30 – 11.30 Uhr
Standblatt-Ausgabe	Erfolgt auf dem Schiessstand 1/2 Std. vor Schiessbeginn bis 1/2 Std vor Schiessende
Wettkampf	Einzel- oder kombiniert mit Gruppen à 4 SchützInnen Separater Auszahlungsstich
Anmeldung	Gruppen können angemeldet werden unter https://ssvie.ch/svp-schiessen-2022/anmeldung **Anmeldeschluss: 10. August 2022**
Absenden	Sonntag, 25. Sept. ca. 13.00 Uhr, Schiessplatz Luckhausen
Ranglisten	Können ab der Homepage, svp-illnau-effretikon.ch oder ssvie.ch ab Montag, 26. Sept. eingesehen und heruntergeladen werden
OK-Präsident	Lukas Bosshard, 079 506 69 87, lukas.b99@gmx.ch
Chef Schiessen	Jürg Benkert, 079 423 34 72, ssvie_300m@hispeed.ch
Schiessplan geprüft und genehmigt	Zürcher Schiesssportverband (ZHSV), Geschäftsstelle Reto Schweizer, 079 376 36 77

SVP KÜSNACHT

Neuen Vorstand gewählt

An der diesjährigen Generalversammlung der SVP Küsnacht vom 31.05.2022 wurde unter anderem der Vorstand neu bestellt.

Als Präsident wurde neu Nicolas Bandle (RPK Küsnacht) gewählt, als Vizepräsident neu Michael Schollenberger. Gianni Platz (Bürgerrechtskommission Küsnacht) und Lilly Otth, beide schon bisher im Vorstand, werden künftig als Kassier resp. Protokollführerin tätig sein. Als Beisitzer konnten neu Nina Fehr Düsel (Kantonsrätin) und Christian Jäger gewonnen werden.

Nicht mehr im Vorstand sind Hans-Peter Amrein, vormaliger Präsident der SVP Küsnacht und Maja Alder, Beisitzerin. Der hervorragend gewählte neue Gemeinderat, Adrian von Burg, tritt aufgrund seines neuen Amtes ebenfalls aus dem Vorstand zurück. Den Ehemaligen wurde für ihren grossen und langjährigen Einsatz herzlich gedankt.Zudem wurde bei sämtlichen Geschäften der bevorstehenden Gemeindeversammlung vom 20. Juni 2022 die JA-Parole gefasst.

Simone Häusermann-Bider in die Schulpflege

Am 26. Juni steht der zweite Wahlgang der Behördenwahlen an. Die SVP Küsnacht unterstützt ihre bestens qualifizierte Kandidatin Simone Häusermann-Bider und empfiehlt allen Stimmbürgern, sie in die Schulpflege zu wählen.

Die SVP Küsnacht wird mit dem neuen Vorstand Themenbereiche definieren, die für Küsnacht von Bedeutung sind. Gleichzeitig sollen weitere junge Kräfte für die Lokalpolitik begeistert werden.

Die Ideen und Impulse werden in der kommenden Legislatur einen wertvollen Beitrag leisten zum Wohl unserer Gemeinde und ihrer Bürger.

Die SVP Küsnacht wird mit dem neuen Vorstand Themenbereiche definieren, die für Küsnacht von Bedeutung sind.
Bild Wikipedia

WENN WIR NICHTS TUN, SIND DIE RENTEN NICHT MEHR GEWÄHRLEISTET

Rettet die AHV!

Alle reden vom fernen Krieg. Doch: «Was willst Du in die Ferne schweifen? Sieh, das Gute liegt so nah.» Zum Beispiel unsere AHV – das wichtigste schweizerische Sozialwerk.

Christoph Blocher
Alt Bundesrat SVP
Herrliberg

Finanziert wird diese AHV durch monatliche Lohnabzüge der Berufstätigen und durch die Mehrwertsteuer. Wenn viele arbeiten und verdienen, geht es der AHV besser. Darum ist die Erhaltung einer gesunden Wirtschaft, d.h. einer hohen Zahl von Erwerbstätigen, die wichtigste Voraussetzung, dass die AHV nicht stirbt.

Aber alle wissen es: Die AHV ist in finanzieller Schieflage. Wenn wir nichts tun, sind die Renten nicht mehr gewährleistet. Es ist schön, dass die Menschen heute länger leben. Aber dafür braucht es länger Geld aus der AHV. Allein in den letzten zwanzig Jahren ist die Zahl der AHV-Bezüger von 1,55 auf 2,44 Millionen angestiegen. Es drohen Milliarden-Defizite und damit der Untergang der AHV!

Die aktuelle Reform der Altersvorsorge, die am 25. September 2022 zur Abstimmung kommt, will dies ändern. Sie sichert die AHV-Renten. Rentner sollen weiterhin eine sichere Rente beziehen, und die Jungen sollen auch später eine sichere Rente bekommen.

Wie sieht sie aus, diese «AHV 21»-Reform? Im Wesentlichen soll gelten: Einerseits gleiches Pensionsalter für Männer und Frauen (65 Jahre). Das wird durch eine Gesetzänderung ermöglicht. Und andererseits durch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 0,4 Prozentpunkte. Dazu muss die Bundesverfassung geändert werden. Für die betroffenen Frauen der Übergangsgeneration sind Abfederungen vorgesehen. Das Ganze ist ein Kompromiss. Wer für die Rettung der AHV ist, kann hier nicht Nein sagen! Aber man muss zweimal JA sagen, also zur Rentenaltersanpassung und zur Mehrwertsteueranpassung. Ein JA nur zum einen nützt nichts.

Wer für gleiches Rentenalter und für eine sichere AHV ist, stimmt am 25. September zweimal JA. Bild Pixabay

ALTER SCHÜTZT VOR TORHEIT NICHT

Die Ukraine soll kapitulieren?

Der ehemalige US-Aussenminister Henry Kissinger, aber auch Möchtegernstrategen in der Schweiz und in Europa raten dem ukrainischen Präsidenten Selensky, dem Blutvergiessen ein Ende zu bereiten: Die Ukraine soll kapitulieren und auf die umkämpften und zum Teil besetzten östlichen Gebiete sowie auf die bereits 2014 annektierte Krim verzichten.

Hans Fehr
Alt Nationalrat
Eglisau

Ich erachte diesen Ratschlag als ungeheuerlich und geradezu als «Dolchstoss». Da verteidigt ein Volk mitten in Europa seine Freiheit und Unabhängigkeit gegen den brutalen Angriffskrieg Putins – einen Angriffskrieg, der seit dem Nürnberger Prozess und gemäss dem internationalen Völkerrecht ein Kriegsverbrechen ist. Und da kommen nun Leute, die bei jeder Gelegenheit von Recht und Freiheit reden, den Freiheitskampf der Finnen von 1939/40 loben und Wilhelm Tell zitieren. Und genau sie raten jetzt dem Opfer Ukraine zum Gebietsverzicht und zur Kapitulation – und würden damit einen Kriegsverbrecher «belohnen». Sie vergessen, dass Machtbesessene immer nur dann zur Besinnung gekommen sind, wenn man ihnen glaubhaft klargemacht hat: bis hier und nicht weiter!

Neutralität hochhalten

Dass die neutrale Schweiz Letzteres nicht bewirken kann, ist wohl klar. Um glaubwürdig zu bleiben, muss die offizielle Schweiz gerade jetzt ihre (leider bereits beschädigte) Neutralität wieder hochhalten und sich auf humanitäre und friedensdiplomatische Dienste konzentrieren.

Die Freiheit verteidigen

Es ist die Aufgabe und Pflicht des Westens und insbesondere der USA und Europas, den ukrainischen Widerstand mit modernen Waffen und mit Hilfsgütern bestmöglich zu unterstützen. Sie verteidigen damit nicht nur die Ukraine, sondern Europa und letztlich die freie Welt. Taugliche Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen werden nur möglich sein, wenn die Ukraine auch militärisch erfolgreich bleibt.

Henry Kissinger hatte schon weitaus bessere Ideen, als der Ukraine zu empfehlen, die Waffen zu strecken. Bild Wikipedia

KANTONALES SVP-SCHIESSEN IM SEPTEMBER ALS HÖHEPUNKT

SVP Illnau-Effretikon läutet ihr 75-Jahr-Jubiläum ein

Die anwesenden Parteimitglieder der SVP Illnau-Effretikon bestätigten an der Generalversammlung Parteipräsident Ueli Kuhn (Bisikon) mit Applaus in seinem Amt.

Des Weiteren kam es im Vorstand zu personellen Änderungen: So gab der amtierende Vize-Parteipräsident Roland Wettstein (Ettenhausen) seinen Rücktritt bekannt.

Als Verstärkung für den Vorstand stellte sich Luc Jacquat (Effretikon) zur Verfügung, welcher in der kommenden Legislatur auch im Stadtparlament Einsitz nehmen wird.

In der parlamentarischen SVP-Fraktion wird neu Daniel Huber (Effretikon) die Geschicke als Fraktionspräsident leiten, während René Truninger (Effretikon) sich fortan im Vorstand für die Partei engagieren wird.

Mitgliederzuwachs

Die Partei feiert dieses Jahr ihr 75-jähriges Bestehen und zieht eine erfreuliche Bilanz: Nebst einem Zuwachs von Mitgliedern und einem gewonnenen Volksreferendum (Passerelle Girhalden) im vergangenen Jahr stehen für dieses Jahr mit der Festwirtschaft am bereits erfolgten Effifäscht sowie der Organisation des 39. Kantonalen SVP-Schiessens im September in Luckhausen grosse Veranstaltungen auf der Agenda.

Zusätzlich sammelt die Partei Unterschriften für die kantonale «Anti-Chaoten-Initiative», welche Hausbesetzer und unbewilligte Demonstranten endlich in die Pflicht nehmen will.

SVP BONSTETTEN

Kritik muss ernst genommen werden

cv. Die Gemeinde Bonstetten hat am 24. Mai 2022 alle Neuzuzüger zu einem Apéro eingeladen. Bei diesem Anlass konnten die Vereine einen Info-Stand betreiben. Die SVP Bonstetten hat die Gelegenheit genutzt, um die Nähe zum Volk zu suchen. Wir waren mit einem Glücksrad präsent.

Es waren über 100 Neuzuzüger anwesend. Ein Viertel davon versuchte ihr Glück bei uns. Es gab viele interessante Begegnungen und Gespräche. Die sechs Gewinner beim Glücksrad sind zum Grillabend vom 1. Juli 2022 eingeladen. Durch die Präsenz vor Ort konnten wir ein neues Mitglied gewinnen.

Es gab aber auch Teilnehmer, die einen grossen Bogen um das Glücksrad gemacht haben oder sich kritisch zu gewissen SVP-Exponenten in Bern äusserten. Diese fallen einfach immer wieder mit negativen Statements auf.

Schlussendlich ein Mix von «Positivem und Negativem», aber es hat sich gelohnt, an diesem Anlass dabei zu sein.

Beim Versuch am Glücksrad kommen Gespräche gut in Gang.

INSERAT

SVP-Polit-Apéro

SVP Züri 11

Wir laden Sie freundlich ein zu unserem politischen Diskussions-Forum. Der Anlass ist öffentlich. Alle sind herzlich willkommen!

Freitag, 24. Juni 2022, ab 18.00 Uhr mit

Ueli Bamert
Kreisparteipräsident und
Kantonsrat SVP ZH 1/2

Thema:

Energiepolitik im Schatten der Krise

Ort: Im Hotel / Restaurant Landhus
Katzenbachstrasse 10, 8052 Zürich
(Endstation Seebach)

Programm: ab 18.00 Uhr Eintreffen
18.15 Uhr Referat
18.45 Uhr Fragen und Diskussion
19.15 Uhr geselliges Beisammensein

Engagiert und bürgernah! Züri 11 SVP svp-zuerich11.ch

Mehr Schweiz

Fadegrad

von
Daniel Oswald

Gendern, wo bleibt die Politik?

Das Gendern ist alles andere als eine Spinnerei der äussersten Linken und ihrer Hofberichterstatter. Dies zeigt Daniel Wahl in seinem Beitrag «Hochschulen setzen Gender-Ideologie mit Notendruck durch» vom 20. Mai 2022 auf Nebelspalter Online eindrücklich auf. An verschiedenen Universitäten und Fachhochschulen ist die Anwendung der Gendersprache bewertungsrelevant. Nach meiner Einschätzung handelt es sich dabei um reine Willkür. Der Rat für deutsche Rechtschreibung, ein aus 41 Mitgliedern bestehendes zwischenstaatliches Gremium, ist für die Einheitlichkeit der Rechtschreibung im deutschen Sprachraum verantwortlich. Dieses Gremium erlässt das amtliche Regelwerk für die deutsche Sprache, welches das Referenzwerk für die deutsche Rechtschreibung ist.

Beim Thema der gendergerechten Sprache kam dieses Gremium zu keinem Konsens, weshalb am 26. März 2021 die Regelung ausgegeben wurde, dass die Aufnahme von Asterisk («Gender-Stern»), Unterstrich («Gender-Gap»), Doppelpunkt oder anderen verkürzten Formen zur Kennzeichnung mehrgeschlechtlicher Bezeichnungen im Wortinnern in das Amtliche Regelwerk der deutschen Rechtschreibung zu diesem Zeitpunkt «nicht empfohlen werde».

Es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis dieses Gremium die Anwendung des Gender-Sterns vorschreibt. Dass kein Konsens gefunden wurde, ist eine milde Umschreibung des Umstandes, dass es in diesem Gremium eine militante Minderheit mit einer politischen Agenda gibt, welches das Gendern mit allen Mitteln in der deutschen Sprache vorschreiben will.

Auf der anderen Seite stehen die Bildungsinstitutionen und somit die Wissenschaft, welche das Gendern bereits anwendet. Ich würde mich nicht wundern, wenn es zwischen diesen Bildungsinstitutionen und den militanten Mitgliedern des Rates für deutsche Rechtschreibung Verbindungen gäbe. Politisch gesehen stehen wir wieder einmal – wenn nicht schon schachmatt – zumindest mit abgesägten Hosen da. Machen wir nichts, so wird das Gendern schleichend in der grossen Breite in nicht wahrnehmbaren Schritten eingeführt. Werden wir politisch aktiv, so wird auf die vermeintlich «positiven Beispiele» aus der Praxis hingewiesen und der nächste Umsetzungsschritt wird eingeleitet. Wenn wir nichts machen, unterstützen wir die Einführung. Wir haben als nur eine Chance. Vorwärts. Das Thema aufnehmen und bei den politischen Akteuren für unsere Lösung werben. Ich sehe die schriftliche Anfrage 125/2022 von Claudio Schmid (SVP) sowie Marc Bourgeois und Angie Romero (beide FDP, Zürich) als ersten Schritt dazu.

VON SÜNDENFALL ZU SÜNDENFALL

Nun drohen auch Subventionen für Publibike

Die Stadt Zürich will sich einmal mehr von der spendablen Seite zeigen. Bald schon soll das Füllhorn über dem Privatunternehmen Publibike ausgeschüttet werden. Es führt ins Uferlose, wenn selbst ein Veloverleih zum Service Public erklärt wird.

Thomas Ammann
Leitender Redaktor
Zürcher Bote

Der öffentliche Verkehr in Zürich und seiner direkten Agglomeration ist hervorragend ausgebaut. Auf dem städtischen Netz verkehren die meisten Tram- und Buslinien tagsüber in einem Takt von unter zehn Minuten. Selbst in Randstunden warten Fahrgäste kaum länger als eine Viertelstunde, bis sie ihre Reise von A nach B antreten können. Und dank Nachtbusnetz kommt man auch übers Wochenende um drei Uhr morgens sicher nach Hause. Das luxuriöse Angebot lässt sich über die Ticketpreise natürlich nicht annähernd finanzieren. Der ÖV ist – zu Recht – Teil des Service Public. Doch damit sollte man es dann auch bewenden lassen.

Ausweitung der Klientelwirtschaft

Wer – ergänzend zum oder anstelle des ÖV – in die Pedalen treten will, ist längst nicht mehr auf den eigenen Drahtesel angewiesen. Der Fahrradverleiher Publibike ist als Privatunternehmen mit Dutzenden von Ausleihstationen in Zürich inklusive Aussenquartieren bzw. angrenzenden Gemeinden präsent. Die Firma gehörte bis vor Kurzem der Postauto Schweiz.

Die neuen Eigentümer (drei Privatpersonen) machen nun bei der Stadt im Vorfeld der Neuausschreibung Druck. CEO Markus Bracher zitiert die NZZ vom 24. Mai wie folgt: «Es braucht Subventionen. Selbsttragende Geschäftsmodelle funktionieren in diesem Markt noch nicht.» Pikant an der Begehrlichkeit: Ursprünglich erhielt Publibike den Zuschlag, weil man einen selbsttragenden Betrieb versprach.

Wenn das Unternehmen davon ausgeht, dass sich in absehbarer Zeit schwarze Zahlen schreiben lassen, spräche es von mehr Entrepreneurship, sich nach Investoren umzuschauen und diese vom Business Case zu überzeugen. Immerhin nutzt die Zürcher Kantonalbank den Rahmen des Fahrrads schon jetzt für Werbung. Diese musste jüngst ihr verspätetes Seilbahnprojekt zum Jubiläum endgültig beerdigen. Warum klopft Publibike z.B. nicht bei ihr an, ob sich die offenbar nötige Anschubfinanzierung über einen «umfunktionierten Jubiläumsbatzen» realisieren liesse?

Sollte das Geschäftsmodell wirklich aufgehen, ergäbe sich am Ende eine echte Win-win-Situation.

So aber läuft es nur darauf hinaus, die Klientelwirtschaft der Stadt Zürich auszuweiten. Eine gefährliche Tendenz; denn am Ende des Tages müssen möglichst viele erfolgreiche Unternehmen über ihren Gewinn und die Löhne an die Mitarbeiter (Steuersubstrat) den Staat finanzieren. Umgekehrt funktioniert es nicht.

Warum nicht auch E-Trottinette?

Publibike schreibt auf seiner Homepage, Bikesharing sei die ideale Ergänzung zu privaten und öffentlichen Transportmitteln. Das freilich könnten auch klassische Taxis oder Uber für sich in Anspruch nehmen.

Weshalb also nicht auch sie subventionieren? Oder – um näher beim Velo bzw. auf zwei Rädern zu bleiben: Die ausleihbaren E-Trottinette sind das eigentliche Pendent zu Publibike für kurze Strecken. Wer sich auf dem Sattel zu unsicher fühlt, dem steht das potthässliche Vehikel praktisch überall zur Verfügung. Und man kann es zur allgemeinen Freude nach verrichtetem Geschäft – Pardon – nach verrichteter Fahrt nach Belieben abstellen. Versteh einer noch die Welt, wenn Väterchen Staat nicht auch da den Geldbeutel grosszügig öffnet. Wäre das nicht schreiende Ungerechtigkeit?

In der Stadt gibt es Dutzende von Publibike-Stationen – kostenloser Platz exklusiv auf öffentlichem Grund.

Abgestellt ist abgestellt. Nach mir die Sintflut bzw. die Fussgänger.

AUS DEM WINTERTHURER GEMEINDERAT

Ein Paradebeispiel für gelungene Integration

«Ich war mir nicht zu schade, für einen anstrengenden Hilfsarbeiterjob.» Schweizer, Unternehmer und überdies SVP-Mitglied: Navruz (man sagt «Naurus») Taimurodov, Jahrgang 1985, ist mit Angela verheiratet und Vater von drei Jungs im Alter von 17, 15 und 12 Jahren. Er lebt in Winterthur.

Du bist 2004 aus Tadschikistan in die Schweiz gekommen …
Meine Frau ist Schweizerin. Ich habe sie 2002 in Tadschikistan kennengelernt. Im April 2004 haben wir geheiratet, drei Monate später bekam ich das Visum und durfte einreisen. Ich war damals erst 19 Jahre alt.

Welche Höhen und Tiefen erlebtest Du während der ersten Zeit?
Sehr bald bekam ich die Gelegenheit, auf dem Bau zu arbeiten. Als Hilfsarbeiter bestand meine Arbeit darin, von morgens bis abends den Maurern Backsteine zu reichen. Dies war sehr anstrengend, das Arbeitstempo war hoch, alles war neu, die Sprache kannte ich nicht, teils konnte ich mich mit Russisch verständigen, Tadschikisch (nahe verwandt mit Persisch) sprach und spricht in der Schweiz wohl so gut wie niemand.

Du weisst aus eigener Erfahrung, wie eine Integration erfolgreich verlaufen kann. Was sollte man als Neuankömmling in unserer Gesellschaft vor allem mitbringen?
Für die Integration kam es mir sicherlich zugute, dass ich keine tadschikischen Landsleute hier kannte. Es gab gar nicht die Möglichkeit, mich unter meinesgleichen zu bewegen. Dass ich sofort arbeiten konnte, war sehr wichtig. Als Neuankömmling sollte man bereit sein, ganz unten anzufangen. Dies ist sicher schwieriger, wenn man bereits viel Lebenserfahrung und eine hochstehende Ausbildung besitzt. Ich war jung, unerfahren und war mir nicht zu schade für einen anstrengenden Hilfsarbeiterjob. Für mich ebenfalls vorteilhaft war, dass ich die Sprache übers Gehör lernte und mich traute, auch mit Fehlern zu sprechen.

Und was kann die Gesellschaft beisteuern?
Grundsätzlich ist in der Schweiz alles Nötige vorhanden. Die Bevölkerung ist Ausländern gegenüber offen, sodass es durchaus möglich ist, persönliche Beziehungen mit Einheimischen aufzubauen, und diese sind wichtig.

Heute bist Du ein Schweizer und ein «altgediente» SVP-Mitglied. Was führte Dich in diese Partei?
Meine Schwägerin Maria Wegelin 😊. Sie suchte noch Kandidaten für die Gemeinderatsliste 2018. Für Politik habe ich mich aber schon vorher interessiert. Die Fragen der Polizei, die zur Kontrolle kam, als ich mich einbürgern lassen wollte, konnte ich jedenfalls zu deren Zufriedenheit beantworten. 😊

Zudem bist Du Unternehmer mit eigenem Gartenbaugeschäft. Was für Hausaufgaben muss der Staat vordringlich lösen, damit Kleinbetriebe wie Deiner florieren können?
Ja, das ist ein grosses Geschenk, dass ich schon das sechste Jahr selbstständig sein darf. Ich bin Handwerker mit Leidenschaft und habe das Glück, dass meine Frau voll hinter mir und der Firma steht und den ganzen Bürokram erledigt.

Für das Wohl der Kleinbetriebe und der Menschen in diesem Land braucht es mehr Freiheit und weniger Bürokratie, und vor allem mehr Politiker mit gesundem Menschenverstand und Gottesfurcht.

Wenn es anzupacken gilt, liess und lässt sich Navruz Taimudorov nicht lange bitten. Kein Wunder floriert sein Gartenbaugeschäft.

LESERBRIEF

Eine Grosskundgebung für die Neutralität

Die SVP betreibt auch beim Ukraine-Konflikt keinen Opportunismus, keine Schwarzweiss-Malerei, sondern nimmt eine differenzierte Haltung ein – und steht konsequent hinter der Neutralität.

Noch vor wenigen Jahren hätte ich mir eine Annäherung an die SVP nicht vorstellen können. Obwohl ich mich schon in den 80er-Jahren von der Linken verabschiedet hatte und seither meinen eigenen Weg ging, konnte ich für die Partei keine Gefühle der Sympathie entwickeln.

Ihre Wahlplakate ärgerten mich, ihre poltrigen Sprüche, ihr biederes Image – und manche Positionen, die ich beim besten Willen nicht teilen konnte. Nur das Bekenntnis der SVP zu einer unabhängigen Schweiz überzeugte mich. Doch ich blieb auf Distanz.

Als mir dann aber die Masseneinwanderungsinitiative vor Augen führte, wie viele Zehntausend Immigranten jedes Jahr in die Schweiz strömen, änderte sich meine Haltung zur SVP. Ich begann sie – noch immer zögernd – zu wählen. Doch das behielt ich für mich. Wie so viele, die heimlich SVP wählen.

Dann kam Corona. Und ich sah, dass die SVP als einzige der grossen Parteien ihr Fähnchen nicht nach dem Wind aus dem Bundeshaus drehte, sondern die Corona-Massnahmen kritisierte. Viele andere Massnahmengegner machten dieselbe Feststellung: Hatten sie bisher, wenn überhaupt, eher links oder grün gewählt, so erkannten sie nun mit Erstaunen, dass die verpönte SVP auf der gleichen Seite wie sie stand.

Das brachte mir die Partei noch einmal näher. Ich hatte immer noch Vorbehalte, vor allem, weil ich nicht darüber hinwegsehen kann, dass gewisse SVP-Behördenmitglieder dem Staate mehr als dem Volke dienen. Aber ich musste mir eingestehen, dass die Partei zu den wichtigen Themen von heute dieselbe Haltung wie ich hat. Und eine Partei, die mir zu 100% entspricht, wird es nie geben.

Zum entscheidenden Auslöser wurde für mich, dass die SVP auch beim Ukraine-Konflikt keinen Opportunismus betreibt, keine Schwarzweiss-Malerei, sondern eine differenzierte Haltung einnimmt – und dass sie konsequent hinter der Neutralität steht. Der derzeit stattfindende Bruch mit der Tradition der Neutralität ist eine Schande für unser Land. Er hat mich dazu bewogen, der SVP beizutreten. Denn sie ist die einzige politische Kraft in der Schweiz, die stark und volksverbunden genug ist, um die Menschen in unserem Land für eine Rückkehr zur neutralen Tradition zu gewinnen – und fürs erste vielleicht zu erreichen, dass keine weiteren Sanktionen beschlossen werden.

Obwohl mein Beitrittsgesuch erst wenige Wochen zurückliegt, möchte ich parteiintern bereits einen Wunsch äussern.

Das von Christoph Blocher angekündigte Volksbegehren zur Neutralität wird nicht von heute auf morgen kommen. Was unser Land aber aktuell dringend braucht, ist eine Mobilisierung all jener Schweizerinnen und Schweizer, die immer noch hinter der Neutralität stehen. Deshalb wünsche ich mir, dass die SVP zu einer überparteilichen, breit abgestützten Grosskundgebung vor dem Bundeshaus aufruft. Die Bürgerrechtsbewegung während der Corona-Zeit hat gezeigt, wie viele Tausende Menschen in unserem Land nach wie vor an die Schweiz und ihre Verfassung glauben. Sie alle würden mit Überzeugung auf den Bundesplatz kommen. Eine solche Kundgebung wäre ausserdem eine Chance für die Partei, Hoffnungsträgerin auch für Menschen zu werden, die der SVP immer noch mit Zurückhaltung gegenüberstehen. Und was brauchen wir heute mehr als eine Kraft, die Hoffnung verbreitet? Hoffnung auf die Wiederbelebung einer freien und unabhängigen Schweiz.

Nicolas Lindt, Schriftsteller Wald ZH, www.nicolaslindt.ch

LESERBRIEF

Bildungsdirektion – Max und Moritz 4.0

Dem Leitartikel im «Zürcher Boten» Nr. 21 ist absolut zuzustimmen. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass der Autor Infortuna beim aktuellen Wirken der Bildungsdirektion an die Folge von Streichen bei Max und Moritz erinnert wird.

Drei Punkte erachte ich als besonders brisant. Erstens kommt tatsächlich der Moment, wo man merkt, dass es beim Lehrermangel nicht mehr an der Entlöhnung liegt; diese darf sich sehen lassen. Zweitens denken viele Lehrpersonen beim Stichwort «Burnout» unwillkürlich an die Integration. In vielen Fällen trägt die Aufhebung der Kleinklassen wesentlich zur Belastung der Lehrkräfte bei. Es ist völlig illusorisch, zu glauben, es liessen sich sämtliche Kinder mit besonderem Förderbedarf mühelos in Normalklassen einordnen. Da gibt es vor allem bei Verhaltensauffälligen Probleme noch und noch, was in gewissen Fällen sogar mit der Kündigung von Lehrerinnen endete: die Wiedereinführung von Kleinklassen ist dringend. Und drittens zeigt sich immer mehr, dass unbedingt nebst dem akademischen Weg zum Lehrerberuf dauernd wieder eine weitere Möglichkeit ohne Matura angeboten werden muss. Es ist total absurd, theoretisch weiss ich was alles zu verlangen, wobei dann aber die Leute fehlen, die in der Lage sind, diese Anforderungen zu erfüllen. In der Praxis kommt es dann so heraus wie eben jetzt: Plötzlich spricht niemand mehr von Matura, sondern da ist man heillos froh, wenn überhaupt mit irgendwelchen Klassenassistenzen oder sonstigen Ersatzleuten ohne pädagogische Ausbildung die Löcher notdürftig gestopft werden können.

Gewiss: Diese Missstände beruhen weitgehend auf politischen Fehlentscheiden von Räten oder Stimmvolk. Aber es wäre an der Bildungsdirektion, die wahren Ursachen des Lehrermangels publik zu machen und das Terrain vorzubereiten, um raschmöglichst in obigem Sinne dem Lehrermangel entgegentreten zu können.

Hans-Peter Köhli, Zürich

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

→ Gebührensenkung
→ Tempo 30
→ Anti-Chaoten-Initiative

Standaktion in Küsnacht mit

Adrian von Burg
Gemeinderat

Dr. Nina Fehr Düsel
Kantonsrätin

Gregor Rutz
Nationalrat

Samstag, 11. Juni 2022, 09.30–11.30 Uhr
Falkenplatz, Dorfstrasse, 8700 Küsnacht

Alle sind herzlich willkommen!

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes
Junge SVP

Kantonale Volksinitiative der Jungen SVP zur Durchsetzung von Recht und Ordnung (Anti-Chaoten-Initiative)

Debattieren statt demolieren!

Es darf nicht toleriert werden, dass Chaoten und Vandalen die Rechtsordnung nach Belieben missachten und die Allgemeinheit dann für die entsprechenden Konsequenzen geradestehen muss.

Jetzt unterschreiben!
Bogen herunterladen:
Kämpfen wir für Recht und Ordnung!
anti-chaoten-initiative.ch

SVP-STAMM

Bezirk Andelfingen/Andelfingen
Jeden letzten Dienstag im Monat, ab 18.00 Uhr, Grilltreff, Im Bilg 2, Andelfingen.

Bezirk Bülach/Bachenbülach
Jeden zweiten Mittwoch im Monat, ab 19.00 Uhr, im UG Restaurant «Vis-à-Vis», Zürichstrasse 47, Bachenbülach.

Bezirk Bülach/Embrach
Jeweils am letzten Sonntag im Monat, von 11.00–12.00 Uhr, Restaurant Rose, Oberembrach.

Bezirk Dielsdorf/Dielsdorf
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant «La Torre», Dielsdorf.

Bezirk Dietikon/Birmensdorf und Urdorf
Jeden ersten Samstag im Monat, ab 10.00 Uhr, im Bistro Alterszentrum am Bach, Birmensdorf.

Bezirk Horgen/Thalwil
Jeden ersten Montag im Monat, ab 19.00 Uhr, Restaurant Höfli, Farbsteig 17, Thalwil.

Bezirk Pfäffikon/Pfäffikon
Jeden ersten Samstag im Monat, von 11.00 bis 12.00 Uhr, Restaurant Hecht, Usterstrasse 8, Pfäffikon.

Bezirk Uster/Uster
Jeden letzten Donnerstag im Monat, ab 17.30 Uhr, Lokalität gemäss www.svp-uster.ch.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Jeden ersten Donnerstag im Monat, 18.30 Uhr, Restaurant Stadtrain, Römerstrasse 71, Winterthur.

Stadt Winterthur/Wülflingen
Jeden Samstag, 11.00–12.30 Uhr, Taverne zum Hirschen, Lindenplatz 2, Winterthur.

Stadt Zürich/Kreis 6
Jeden ersten Dienstag im Monat, 19.00 Uhr, Wild West Steakhouse Texas, Winterthurerstrasse 175, Zürich.

Stadt Zürich/Kreis 12
Jeden ersten Dienstag im Monat, ab 19.30 Uhr, Restaurant «Schwamedinge», Schwamendingerplatz 2, Zürich.

Junge SVP Kanton Zürich
Alle Events der Jungen SVP Kanton Zürich findest du auf unseren Social Media Channels oder auf unserer Website www.jsvp-zh.ch.

IMPRESSUM

Zürcher Bauer ISSN 1660-6701 ISSN 2296-3480 **Der Zürcher Bote**

Offizielles Organ des Zürcher Bauernverbandes.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich Fr. 73.– + 2,5 % MwSt. **Redaktion:** ZBV, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, bauernverband@zbv.ch, Ferdi Hodel (FH), Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32. **Insertionspreise:** www.zbv.ch/Zürcherbauer/inserate.aspx. **Abonnementsdienst:** Zürcher Bauernverband, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 33, Fax 044 217 77 32, bauernverband@zbv.ch.

Offizielles Organ der Schweizerischen Volkspartei des Kantons Zürich.

Abonnementspreis: Für die Schweiz jährlich für Parteimitglieder Fr. 55.–, für Nichtmitglieder Fr. 75.–. **Redaktion:** SVP, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, zb@svp-zuerich.ch, Thomas Ammann, Telefon 044 217 77 66. **Insertionspreise:** www.svp-zuerich.ch/zurcher-bote. **Abonnementsdienst:** SVP des Kantons Zürich, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, sekretariat@svp-zuerich.ch.

Erscheint jeden Freitag. **Inseratenannahme:** SVP des Kantons Zürich, Elisabeth Liebi, Lagerstrasse 14, 8600 Dübendorf, Telefon 044 217 77 66, inserate@svp-zuerich.ch. **Inseratenschluss:** Mittwoch, 12.00 Uhr. **Layout:** cube media AG, Binzstrasse 9, 8045 Zürich. **Druck:** Mittelland Zeitungsdruck AG (AZ Print), Neumattstrasse 1, CH-5001 Aarau.

SVP-VERANSTALTUNGEN

Bezirk Dielsdorf/Niederglatt
Samstag, 2. Juli 2022, 10.00 Uhr, Sommerveranstaltung, Treffpunkt Kiesparkplatz «Eichi», Grafschaftstrasse 50, Niederglatt, gemeinsames Sammeln von herumliegendem Abfall mit anschliessendem Imbiss.

Stadt Winterthur/Oberwinterthur
Sonntag, 19. Juni 2022, 11.00 Uhr, 100-Jahr-Jubiläum, Rutishauser-Divino Weinkellerei, In der Euelwies 32, Winterthur, Grillplausch mit Nationalrat Mike Egger. Weitere Informationen unter www.svp-winterthur.ch.

Stadt Zürich/Kreis 11
Freitag, 24. Juni 2022, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Kantonsrat Ueli Bamert. Thema: Energiepolitik im Schatten der Krise.

Freitag, 11. November 2022, 18.00 Uhr, SVP-Polit-Apéro, Hotel/Restaurant Landhus, Katzenbachstrasse 10, Zürich-Seebach, mit Nationalrat Thomas Matter. Thema: Bericht aus dem Nationalrat.

Stadt Zürich/Kreis 12
Freitag, 24. Juni 2022, 18.00 Uhr, Grill-Plausch, Familiengärten Auzelg, Zürich-Schwamendingen. Anmeldung an Markus Hug: 076 330 65 88.

WEITERE VERANSTALTUNGEN

Freitag, 23. September 2022, bis Sonntag, 25. September 2022, SVP-Schiessen 2022, Vorschiessen am Freitag, 16. September 2022, Luckhausen, Illnau-Effretikon. Weitere Informationen unter www.svp-illnau-effretikon.ch.

SVP 12 Zuerich-Schwamendingen

Einladung zum Grill-Plausch

Wo: Familiengärten Auzelg, Schwamendingen

24. Juni 2022 ab 18.00 Uhr

Kommt alle vorbei und bringt Eure Familien und Freunde mit.
Anmeldung erwünscht bis 12. Juni 2022

Präsident
Markus Hug
+41 76 330 65 88

Wir freuen uns Dich persönlich begrüssen zu dürfen.

Ihr SVP 12 Zuerich Schwamendingen TEAM

„Energiekrise - man hätte vor fünf Jahren besser auf die SVP gehört!“

Politik auf dem Zürichseeschiff
Donnerstag, 30. Juni 2022

19.45 Uhr	**Einschiffen am Schiffsteg Uetikon am See**
20.00 Uhr	Abfahrt, Nachtessen Referat von **Nationalrat Albert Rösti**
22.15 Uhr	Rückkehr

Kosten: Fr. 60.- inkl. Apéro u. Nachtessen/Person

Anmeldung durch Einzahlung bis spätestens 27. Juni 2022 auf: Postcheck-Konto 80-52149-0 oder IBAN CH25 0900 0000 8005 2149 0. Die Anmeldungen werden nach Zahlungseingang berücksichtigt. Parkplätze: Beim Schiffsteg oder am Bahnhof Uetikon am See.

SVP Bezirk Meilen
Tumasch Mischol, Präsident
www.svpbezirkmeilen.ch

Emil Frey

Für eine sichere Zukunft in Freiheit

SCHWEIZER QUALITÄT SVP Die Partei des Mittelstandes

Herzliche Einladung

zum

SVP-Grillfest 2022

Sonntag, 19. Juni 2022 um 11.00 Uhr

Liebe Mitglieder der SVP

Die SVP Sektion Oberwinterthur lädt herzlich zum jährlichen SVP-Grillfest ein.

Wir feiern das 100-jährige Jubiläum der Sektion Oberwinterthur mit einem Referat von Nationalrat Mike Egger zum Thema Energie, musikalischer Untermalung mit den "WintiFäger" und einer Führung durch die Kellerei der Rutishauser-Divino.

Eine Anmeldung bis Sonntag, 12. Juni 2022 ist erforderlich, damit wir uns bestens auf diesen Anlass vorbereiten können.
Pascal A Werner: 078 902 18 59
pascal.a.werner@gmail.com

ÖV INITIATIVE

Kantonale Volksinitiative der FDP und SVP

Ziel der Volksinitiative ist es, die Mobilität im ganzen Kanton Zürich attraktiv zu halten. Denn mit einer flächendeckenden Einführung von Tempo 30 für den ÖV werden auch Busse und Trams ausgebremst und führt zu erheblichen, jährlich wiederkehrenden Kosten.

Jetzt unterschreiben!
Unterschriftenbogen herunterladen
www.öv-initiative-ja.ch

DAMIT IN ZÜRICH NIEMAND STEHEN BLEIBT.